

Stand: 13.02.2026 06:32:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8270

"Verkehrsinfrastruktur in Bayern modernisieren - der Bund muss die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8270 vom 07.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8365 vom 08.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 08.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur, Jürgen Eberwein, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Josef Schmid, Thorsten Schwab CSU

Verkehrsinfrastruktur in Bayern modernisieren – der Bund muss die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin gegenüber dem Bund für eine Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für Erhalt, Planung und Bau von Bundesfernstraßen einzusetzen. Bestehende Finanzierungslücken für den Zeitraum von 2026 bis 2029 sind insoweit zu schließen.

Der Landtag begrüßt sämtliche Initiativen, insbesondere der Staatsregierung und des Ministerpräsidenten sowie der in der Bundesregierung politisch Verantwortlichen, die sich für eine verlässliche Finanzierung einsetzen. Der Freistaat hat als größtes Land ein besonderes Interesse an einer auskömmlichen Finanzausstattung.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode auf Bundesebene ist eine verlässliche Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur des Bundes vereinbart. Die erforderlichen Finanzmittel können unter anderem über das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes bereitgestellt werden.

Ungeachtet dessen sind in den laufenden Haushaltsverhandlungen nicht ausreichend Mittel für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Für den Zeitraum 2026 bis 2029 fehlen für die Bundesfernstraßen Mittel in Höhe von 15 Mrd. Euro. Die Verkehrsministerkonferenz der Länder hat bereits am 18. September 2025 eine auskömmliche Finanzierung eingefordert. Insbesondere aufgrund der Bemühungen des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder im Koalitionsausschuss wurde ein fruchtbare Weg beschritten, eine spürbare Verbesserung für Bundesfernstraßen und damit auch für Bayern zu erreichen. Dieser Weg muss nun konsequent fortgesetzt werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur, Jürgen Eberwein, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Josef Schmid, Thorsten Schwab CSU

Drs. 19/8270

Verkehrsinfrastruktur in Bayern modernisieren – der Bund muss die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin gegenüber dem Bund für eine Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für Erhalt, Planung und Bau von Bundesfernstraßen einzusetzen. Bestehende Finanzierungslücken für den Zeitraum von 2026 bis 2029 sind insoweit zu schließen.

Der Landtag begrüßt sämtliche Initiativen, insbesondere der Staatsregierung und des Ministerpräsidenten sowie der in der Bundesregierung politisch Verantwortlichen, die sich für eine verlässliche Finanzierung einsetzen. Der Freistaat hat als größtes Land ein besonderes Interesse an einer auskömmlichen Finanzausstattung.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Striedl

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Michael Hofmann

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Harald Meußgeier

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u. a. (CSU)

Verkehrsinfrastruktur in Bayern modernisieren - der Bund muss die

notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen! (Drs. 19/8270)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Wochen erschütterte eine Streichliste des Bundesverkehrsministers Patrick Schnieder die politischen Fraktionen, und insbesondere der Freistaat Bayern kam dabei nicht gut weg. Darin steht, dass Verkehrsprojekte, für die Baurecht besteht, bis zum Jahr 2029 nicht weitergebaut werden sollen. Ich nenne hier ein paar Beispiele: Ich nenne die A3 Deggendorf – Hengersberg, die sich bei Ihnen, Herr Staatsminister, vor der Haustür befindet. Die A8 ist betroffen, die A94, der doppelte Lückenschluss, der von München nach Passau noch fehlt, steht darin. Ein Stück A99 und auch die Bundesfernstraße B 15 bei Landshut, für die sich Kollegin Widmann hier immer besonders eingebracht hat, werden genannt. Bei mir vor der Haustür ist die vierspurige B 12 von Buchloe über Kaufbeuren bis Kempten betroffen, zudem der Allgäuschnellweg, der in zwei Abschnitten bereits Baurecht hat, und viele andere Verkehrsprojekte mehr, beispielsweise die B 26, der Lückenschluss bei Würzburg – Werneck in Richtung Karlstadt.

Alle diese Verkehrsprojekte, für die Baurecht besteht, stehen jetzt auf der Kippe. Ich denke, es ist notwendig und wichtig, dass der Bayerische Landtag hier ein klares Signal für diese Verkehrsprojekte setzt, denn sie sind Lebensadern für den ländlichen Raum, sie sind Lebensadern für die heimische Wirtschaft, und sie sind – jetzt rede ich vom Haushalt – Grundvoraussetzung dafür, dass wir in Deutschland wirtschaftlich

wieder auf die Beine kommen, Steuern akquirieren, Steuermehreinnahmen erzielen, damit wir uns diesen Staat weiter leisten können. Deswegen ist es ein Fehler, dass man in diese Richtung gedacht hat. Die 15 Milliarden Euro, die hier gestrichen werden sollen, müssen wieder in den Haushalt und die Haushaltsplanung hinein. Ich weiß, dass es heute einen Koalitionsausschuss dazu gibt. Ich hoffe, dass die Koalitionäre in diese Richtung denken.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch unserem bayerischen Verkehrsminister danken, der sich als Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz in Deutschland unmittelbar danach des Schulterschlusses seiner Kollegen versichert hat. Es ist wichtig, hier mit geeinten Kräften zu sprechen und gemeinsam zu marschieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genauso wichtig ist es, heute als Bayerischer Landtag ein klares, eindeutiges Signal für die Entwicklung im Freistaat und die notwendige Verkehrsinfrastruktur zu geben. Ich hoffe, dass unsere gemeinsamen Anstrengungen, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu führen werden, dass sich der Bund eines Besseren besinnt.

Wir in Bayern machen andere Verkehrspolitik. Als ich in den Bayerischen Landtag kam, lag der Staatsstraßenhaushalt noch bei 150 Millionen Euro. Jetzt liegt er bei 500 Millionen Euro. Das ist notwendig und wichtig; denn Verkehrswege sind die Lebensadern für die Wirtschaft und die Menschen. Deswegen ist dieser Haushalt so wichtig und wesentlich, gerade in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen nicht mehr so sprudeln.

Ich bitte um Unterstützung unseres gemeinsamen Antrags von CSU und FREIEN WÄHLERN. Hier sehen Sie, dass kraftvolle Regierungsfraktionen mit einer kraftvollen Staatsregierung am Werk sind. Ich denke, dass das in Berlin den notwendigen Eindruck machen wird. Bitte unterstützen Sie unseren Antrag, damit wir mit geeinten Kräften in Berlin auftreten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Striedl für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man als Abgeordneter oder als gemeiner Bürger einen Dringlichkeitsantrag einer Regierungsfraktion auf den Tisch bekommt, erwartet man eigentlich ein bisschen Brisanz, neue Fakten und Handeln. Dann liest man diesen Antrag, und was erhält man? – Ein Déjà-vu. Ich muss den Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER fast danken. Sie machen es uns von der Opposition wirklich leicht, einen solchen Antrag abzulehnen.

Allerdings beweisen Sie auch eine bemerkenswerte Effizienz, zwar nicht beim Bau von Straßen, aber beim Recyceln von Anträgen. Bereits im Juli des letzten Jahres haben Sie uns einen fast wortgleichen Antrag vorgelegt. Nur die Bahn haben Sie diesmal vergessen, aber diese ist offenbar nicht so wichtig. Reden wir über die Straßen. Damals haben Sie bei den Bundesfernstraßen eine Finanzierungslücke von 10 Milliarden Euro beklagt. Heute, gut 15 Monate später, nach unzähligen – Herr Kollege Pohl – Sonntagsreden, ist die Finanzierungslücke nicht geschrumpft, sondern explodiert. Jetzt reden wir bereits von 15 Milliarden Euro.

Das, meine Damen und Herren, ist keine Erfolgsbilanz, sondern ein Offenbarungseid. Es zeigt vor allem eines sehr deutlich: Ihr viel gerühmter Einfluss in Berlin ist schlicht und einfach nicht vorhanden.

(Beifall bei der AfD)

Selbst mit einer CSU-Beteiligung in der neuen Bundesregierung erhalten Sie offenbar solche Abfuhren aus Berlin, dass Sie hier in München politisches Betteln auf dem Umweg über das eigene Parlament betreiben müssen. Aber keine Sorge, ich leiste hier gerne ein bisschen Hilfe zur Selbsthilfe. Ihr geschätzter Parteikollege, der Bun-

destagsabgeordnete Tilman Kuban, hat erst vor wenigen Tagen einen revolutionären Vorschlag unterbreitet. Er sagte, 80 % Klimaschutz würden auch ausreichen. Ihr Kollege Kretschmer fragt sich das mittlerweile auch schon laut.

Das ist eigentlich ein genialer Gedanke. Wenn Ihre Leute schon bereit sind, 20 % der Klimaziele zu streichen, dann sollen Sie den Bürgern auch ehrlich sagen, was das bedeuten würde. Verstehen Sie mich richtig: Wir reden hier von rund 2 – nicht Milliarden – Billionen Euro, einer Summe, die allein durch den Verzicht auf die letzten, teuersten 20 % der Klima-Ideologie frei werden würde, nicht durch den Verzicht auf 100 %. Das ist der Vorschlag, nicht von uns, sondern aus Ihren eigenen Reihen. Wir als AfD sagen natürlich, der gesamte teure Klima-Irrweg muss sofort beendet werden.

(Beifall bei der AfD)

Aber wenn Sie schon selbst damit anfangen, Ihre eigenen Dogmen aufzuweichen, dann seien Sie bitte wenigstens konsequent. Tragen Sie den Vorschlag nach Berlin, und vielleicht – aber nur vielleicht – wird unserer um Geld winselnden Staatsregierung dann als Belohnung doch final das 15-Milliarden-Euro-Stöckchen hingeworfen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Dr. Markus Büchler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Abends um halb neun Uhr haben wir jetzt noch einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, in dem steht, wir sollten begrüßen, was die Staatsregierung – also die CSU, weil ihr in Berlin ja nicht regiert – in Berlin an Wohltaten vollbringt und was der Ministerpräsident in Berlin Schönes macht. Das beantragen die FREIEN WÄHLER.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das nennt sich gute Partnerschaft!)

Wart ihr nicht brav? Haben Sie etwas ausgefressen, dass Sie dem Ministerpräsidenten abends um halb neun Uhr noch huldigen müssen? Das verwundert doch sehr.

Dann bezeichnet der liebe Herr Kollege Bernhard Pohl den Antrag auch noch als kraftvoll. Es ist ein kraftvoller Antrag, wenn darin steht, wir sollten begrüßen, dass die CSU in der Bundesregierung angeblich etwas getan hat.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Was soll daraus folgen? Wer soll damit etwas tun? Wo soll hier real etwas passieren in dieser Sache? Wenn das kraftvoll ist, möchte ich nicht wissen, was bei euch kraftlos ist.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht liege ich in der Hermeneutik falsch, warum ihr mit einem solchen Papier Geld fordern müsst. Vielleicht ist das eine innerfraktionelle Kritik an der CSU? Kann es der Ministerpräsident vielleicht nicht? Braucht die CSU hier einen Schubser von euch FREIEN WÄHLERN,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sind wir gerade bei Habecks Märchenanalyse, oder was?)

damit sie auf die Idee kommt, sich dafür einzusetzen? Wir haben wirklich gerätselt, was ihr mit diesem Antrag eigentlich vorhabt.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sind als Comedian genauso schlecht wie als Politiker! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist ja schon Schuberl-Niveau!)

Zugegebenermaßen ist es so, dass wir im Straßenbau große Probleme haben. Wir haben marode Straßen und viele marode Brücken. Hier besteht großer Sanierungsbedarf. Aber hier war sehr viel die Rede von Straßenneubau und Fantasien, was wir noch alles finanzieren sollen und bauen können, um im Unterhalt noch weiter hinterherzuhinken.

Offenbar wurde völlig vergessen, dass es noch einen Verkehrsträger gibt, der auch marode ist und mit dem wir auch ein paar Probleme haben. Dieser ist noch viel maroder. Das ist nicht der mit Asphalt, sondern der mit Schiene, die Eisenbahn. In der Überschrift des Antrags steht "Verkehrsinfrastruktur" und in der Ausführung nur "Bundesfernstraßen". Was ist denn mit der Eisenbahn? Das große Problem ist, dass Sie hier von Straßenneubau fantasieren. Sie haben viele Beispiele quer durch den Freistaat aufgezählt, lieber Herr Kollege Bernhard Pohl. Was sagen Sie den Zehntausenden Pendlern, die aufgrund der maroden Infrastruktur zwischen Nürnberg und Pegnitz momentan überhaupt nicht fahren können,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Behringer (FREIE WÄHLER))

weil gar kein Zug mehr fahren kann, da die Gleise so kaputt sind?

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Im Frühsommer hatten wir südlich von München denselben Fall: Aufgrund maroder Strecken haben Zehntausende Pendler auf das Auto oder andere Alternativen zurückgreifen müssen, weil die Weichen südlich von München kaputt waren und der ländliche Raum über die Oberlandbahn nicht mehr an die Landeshauptstadt angeschlossen war. Wann geht es in Ihrem Regierungsbezirk Schwaben mit der Elektrifizierung weiter?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zum Thema reden!)

– Das ist sehr wohl zum Thema. In Schwaben wollt ihr die B 12 zur Allgäu-Autobahn ausbauen, und parallel dazu verkümmert die Eisenbahnstrecke, die dringend saniert werden muss. Davon steht kein Wort in eurem Antrag. Heißt das, die Eisenbahnreisenden sind egal?

Wir können diesen Antrag nicht nachvollziehen und lehnen ihn deswegen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nichts anderes habe ich erwartet!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dies ist eine muntere Debatte, allerdings zu einem wunderlichen Antrag, der ein wunderliches politisches Verhalten dokumentiert, weil sich die Koalitionspartner auf Bundesebene gemeinsam auf den Grundsatz des Erhalts und der Sanierung der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen vor Neubau verständigt haben. Das ist ein richtiger Grundsatz. Gerade Unionspolitikern war es wichtig, dass er auch für das Sondervermögen gilt. Der gültige Verkehrswegeplan als rechtliche Grundlage der Kabinettsentscheidung folgt dem Prinzip: Erhalt vor Neu- und Ausbau. Das ist die Grundlage.

Die Bundesregierung hat in einer Kabinettsvorlage und in einem Kabinettsbeschluss für den Bundeshaushalt 2026 mit Zustimmung der Unionsmitglieder des Kabinetts und auch des Bundesverkehrsministers an diesem Grundsatz festgehalten. Bei dem Haushalt und der Finanzplanung für die nächsten Jahre hat der Bundesverkehrsminister auch wieder zugestimmt.

Finanzplanung und Haushalt werden im Kabinett mit Zustimmung der Union beschlossen. Später führt man dann ein solches Schauspiel auf. Das ist schon bemerkenswert. Es ist auch verwunderlich, dass dieses Schauspiel mit diesem Antrag hier sozusagen auch parlamentarische Beschäftigung nach sich zieht.

Was die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich nervt: gemeinsame Lösungen auf den Weg bringen, sie im Kabinett gemeinsam beschließen und hinterher alles infrage stellen. Das nervt die Bürgerinnen und Bürger nicht nur bei diesem Thema.

Wir müssen doch einmal gemeinsame Lösungen für ein Problem finden: Einigkeit, gemeinsame Beschlüsse und Umsetzung – das muss doch die Grundlage von Regie-

rungspolitik in diesem Lande sein. Das fehlt bei diesem Sachverhalt komplett, obwohl die Zahlen und die Fakten deutlich sind.

Für die paar Jahre bis 2029 sind für Verkehrsinvestitionen mehr als 160 Milliarden Euro vorgesehen. Dank dem Sondervermögen stehen Mittel in Rekordhöhe auch im Bereich des Autobahnbaus zur Verfügung. Dieser Betrag wächst auch auf. Für die bereits begonnenen und im Bau befindlichen Projekte gibt es keinen Baustopp. Bei den Planungen für Neubaustrecken gilt das reguläre Verfahren. Da ist der Verkehrsminister auf Bundesebene mit Priorisierung und Umsetzung gefordert.

Er ist ebenso gefordert, das, was an Finanzmitteln zur Verfügung steht, auch zu verbauen. Das war in der Vergangenheit häufig ein Problem. Es ist eine große Herausforderung, diese Summe in den Jahren des Finanzplanungszeitraums zu verbauen.

Ich sage etwas zur wunderbaren Liste von 173 Projekten. Ich habe Verständnis dafür, dass sich die Landesverkehrsminister zusammensetzen und so eine Liste aufstellen.

(Michael Hofmann (CSU): Da waren ja auch SPDler dabei!)

Von den 173 aufgelisteten Projekten sind gerade einmal 5 mit komplettem Baurecht ausgestattet. 5 von 173 Projekten! Solange ich kein Baurecht habe, kann ich keine Planung und auch keine Umsetzung machen.

(Michael Hofmann (CSU): Wo haben Sie denn die Zahlen her?)

Das gilt im Übrigen auch für das Projekt der B 26n aus meiner Heimat, das der Kollege Pohl gerade genannt hat. Für die B 26n gibt es kein Baurecht, keinen Planfeststellungsbeschluss. Das Staatliche Bauamt in Würzburg prüft im Augenblick 1.000 Einwendungen, arbeitet sie ab und versucht dann, mit der Regierung von Unterfranken einen Planfeststellungsbeschluss zu erlassen. Das ist Fakt.

Dann kann moniert werden, dass das Projekt auf einer Streichliste steht oder nicht realisiert wird. – Es kann gar nicht realisiert werden, weil das Baurecht fehlt. Deswe-

gen ist das, was hier veranstaltet wird, auch unlauter. Ich sage auch noch etwas dazu, dass das wunderlich ist.

Natürlich haben wir in der Regierungskoalition in Berlin gemeinsam Projekte vereinbart, zu denen wir auch stehen. Das sind aber finanzielle Projekte. Ich nenne die Mütterrente, die Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie und den Agrardiesel. Das ist keine Infragestellung. Wenn man aber wie die Union gleichzeitig sagt, es muss gespart werden und wir müssten einen Sparkurs einhalten, dann sind halt selbst bei einem Sondervermögen bestimmte Dinge nicht sofort und auf den ersten Schritt realisierbar. Wir sind aber gute Koalitionspartner in Berlin; zumindest versuchen wir das zu sein.

Wirklich verwundert mich aber die Haltung der FREIEN WÄHLER, die diesen Antrag ja initiiert haben: Wer politisch alles getan hat, um dieses Sondervermögen zu verhindern, sich jetzt aber darüber beklagt, dass es nicht groß genug sei – –

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So ein Quatsch! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist ja voll aus dem Normalhaushalt finanziert! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Alles getan hat?)

– Das ist doch die Beschreibung des politischen Sachverhalts.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein! Aus dem Haushalt, nicht aus dem Sondervermögen!)

– Das müssen Sie schon ertragen. Sie haben alles getan, um dieses Sondervermögen zu verhindern. Jetzt beklagen Sie sich, dass in diesem Sondervermögen nicht ausreichend Geld für alle Projekte, die Sie sich vorstellen, drin ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): "Haushaltsmittel" steht da drin!)

Das ist doch die Wahrheit. Das ist unlauter. Deswegen muss man das an dieser Stelle auch so deutlich sagen. Wir lehnen diesen wunderlichen Antrag zu einem wunderlichen politischen Verhalten ab.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Da klatscht nicht mal einer! – Heiterkeit – Beifall des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) – Harry Scheuenstuhl (SPD): Dem Kollegen muss man die Stange halten!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Michael Hofmann für die CSU das Wort. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Na ja, wenn man zu einem Dringlichkeitsantrag, der ganz klar die Interessen des Freistaats Bayern vertritt und der dafür sorgen will, dass in den Freistaat Bayern mehr Geld kommt, um die Infrastruktur besser auszustatten, sagt, das dürfe man im Bayerischen Landtag nicht beraten, dann stelle ich mir schon die Frage, wie die Interessenvorstellungen und die Interessenvertretung der Opposition heutzutage ausschauen. Damit habe ich ein echtes Problem, mit dem aber Sie zureckkommen müssen.

Wir hatten im Jahr 2023 eine Reduzierung des Bruttoinlandsprodukts um 0,9 %, im Jahr 2024 um 0,5 %. Die Wirtschaft schrumpft. Mir erschließt sich nicht, dass man sich in einer Zeit, in der gerade die deutsche Wirtschaft auf Exporte angewiesen ist, in einer Zeit, in der sich Wirtschaft mehr und mehr spezialisiert und diese Spezialisierung gleichzeitig dazu beiträgt, dass zwischen den Ländern, zwischen den Völkern, zwischen den Wirtschaftsmächten Waren hin- und hergebracht werden, ernsthaft Gedanken darüber macht, ob die Verkehrsinfrastruktur gut ausgestattet werden muss oder nicht. Für die Wirtschaft ist Infrastruktur die Lebensader schlechthin.

Das eine bedingt das andere: Wenn wir unsere Verkehrsinfrastruktur nicht ausbauen und unterstützen, dann wird die Wirtschaft auch nicht in Schwung kommen. Gleichzei-

tig – kommt die Wirtschaft in Schwung, dann können wir uns die Verkehrsinfrastruktur leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Genau!)

– Danke schön. Mit diesen Investitionen bringen wir auch die Wirtschaft in Schwung. Wo ist also bitte das Problem?

Ich sage an der Stelle klipp und klar: Das, was in Berlin geplant wird, ist zunächst aller Ehren wert. Wir haben im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums für das Jahr 2025 Investitionen von 35 Milliarden Euro vorgesehen, davon allein 21 Milliarden aus dem Infrastrukturpaket. Das ist ein Wort. Das soll erst einmal jemand nachmachen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben das beschlossen, und dahinter stehen wir auch.

Gleichzeitig hat der Bundesverkehrsminister in der Haushaltsdebatte erklärt, dass für die nächsten vier Jahre insgesamt 166 Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen sind. Das bedeutet für jedes Jahr mindestens 41 Milliarden Euro. Auch das ist ein Wort.

(Volkmar Halbleib (SPD): So?)

Trotzdem sagen wir hier an dieser Stelle: Es mag sein, dass das eine oder andere Infrastrukturprojekt vielleicht nicht baureif ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die meisten!)

– Die meisten? Das weiß ich nicht. Herr Kollege Halbleib, der Verkehrsminister hat vorhin schon, als Sie von fünf Projekten gesprochen haben, den Kopf geschüttelt. Ich bin gespannt, was da noch kommt. Vielleicht wird es hier heute im Detail noch interessant.

Nummer eins. Ich sage an der Stelle klipp und klar: Wenn wir nicht in der Lage sind, bereits bestehendes Baurecht und baureife Verkehrsinfrastruktur mit Geld auszustatten, damit wir vorwärtskommen, dann machen wir etwas verkehrt. Die Menschen regen sich darüber zu Recht auf.

Nummer zwei. Herr Kollege Halbleib, das ist kein Verstoß gegen den Koalitionsvertrag. – Herr Kollege Scheuenstuhl, ich rede gerade mit dem Kollegen Halbleib. Deswegen wäre es schön, wenn Sie das Gespräch – –

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Da sind Sie hin- und hergerissen, Herr Kollege Hofmann!)

– Ja, ja. Gerade schaue ich hin. Außerdem hat sich der Kollege Halbleib eh zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Wie soll er denn eine Zwischenbemerkung machen, wenn er mir nicht zuhören kann?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das schaffe ich locker! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das schafft er!)

Herr Kollege Halbleib, Sie haben zu Recht davon gesprochen, dass im Koalitionsvertrag steht, wir hätten ausgemacht: Erhalt vor Neubau. Es steht aber nicht drin: Erhalt statt Neubau. Das heißt, wir können sowohl das eine als auch das andere tun. Auch insofern ist Ihre Bemerkung in diesem Zusammenhang – so sage ich es einmal – zumindest nicht ganz seriös, sondern eher ein wenig polemisch gewesen.

Wenn ich gerade beim Thema Polemik bin, dann führt mich das zwangsläufig zur Rede des Kollegen Dr. Büchler: Etwas Polemisches zu einem so ernsten Thema habe ich in diesem Haus in den letzten Wochen und Monaten nicht gehört. Das war am Ende des Tages ein KabarettAuftritt. Herr Dr. Büchler, ich muss sagen, es war ein ziemlich schlechter KabarettAuftritt. Das müssen aber am Ende des Tages Sie mit sich ausmachen.

Ich weiß schon, wo das Problem liegt. Ihre Kollegin Piechotta – ich weiß nicht, ob ich den Namen richtig ausspreche – hat das bei der Debatte in Berlin noch einmal deutlich gemacht. Wissen Sie, was Ihre Kollegin gesagt hat, als sich der Bundesverkehrsminister im Deutschen Bundestag hingestellt und dafür geworben hat, dass wir mit den Mitteln, die im Haushalt zur Verfügung stehen, flexibler umgehen müssen, und dafür auch einen entsprechenden Haushaltsvermerk in den Haushaltsplan geschrieben hat? – Dass er das nicht machen darf; denn davon würde nur Markus Söder profitieren, weil nämlich das ganze Bundesverkehrsministerium noch mit CSU-Leuten besetzt sei. – So denken die GRÜNEN in der Zwischenzeit, und Sie machen es als bayerischer Abgeordneter nicht anders. Sie haben Ihren Beruf verfehlt. Gehen Sie nach Berlin, ziehen Sie um! Dann können Sie über Bayern und die Initiativen des Freistaats Bayern schimpfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist wirklich lächerlich. Dann zu erklären, dass man in dem Zusammenhang einen Ministerpräsidenten – –

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist er?)

– Danke, Herr von Brunn. Sie waren nämlich gerade nicht da. Deswegen wissen Sie es nämlich nicht. Alle anderen wissen es. Vorhin ist das nämlich angesprochen worden. Dableiben und zuhören und nicht zur falschen Zeit reinkommen und blöde Fragen stellen!

(Lachen und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Er ist in Berlin beim Koalitionsausschuss und macht da hoffentlich noch ein paar Milliarden für den Freistaat Bayern klar. Das ist wesentlich mehr, als Sie in Ihrem ganzen Leben in dem Zusammenhang erreicht hätten, Herr von Brunn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Von daher, glaube ich, ist es richtig, dass wir die Initiativen des Ministerpräsidenten und, das sage ich ausdrücklich, auch unseres Bundesverkehrsministers – unseres bayerischen Verkehrsministers auf der Verkehrsministerkonferenz, Bundesverkehrsminister kommt vielleicht noch, da müssen wir mal schauen, Christian – auch unterstützen. Ich danke ausdrücklich dafür – das will ich an der Stelle auch sagen; denn das bedeutet ebenfalls gute Zusammenarbeit zwischen Koalitionären –, dass auch die FREIEN WÄHLER in dem Zusammenhang klipp und klar die Initiativen und den Einsatz des Ministerpräsidenten würdigen; denn er ist im Übrigen der Einzige aus dem Bayerischen Landtag, der jetzt beim Koalitionsausschuss dabei ist und in dem Moment auch für den Freistaat Bayern das Beste herauszuholen versucht.

Ich glaube, die Menschen in diesem Land, die Menschen im Freistaat Bayern haben es verdient, dass eigentlich alle bayerischen Abgeordneten das genauso sehen; denn sie sind als Interessenvertreter der bayerischen Bevölkerung gewählt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wenn Sie nicht für die bayerischen Interessen eintreten, frage ich Sie: Was machen Sie hier eigentlich? Was tun Sie hier? – In dem Sinne sage ich Ihnen ganz ehrlich, dass man diesem Antrag eigentlich nur zustimmen kann.

Ich kann mich nicht daran erinnern, Herr Kollege von der AfD, dass das ein Déjà-vu-Erlebnis sein könnte. Ich glaube eher, Sie waren da im Delirium. Ich habe noch keinen Antrag der AfD gesehen, in dem sie die Initiative und die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung im Zusammenhang mit dem Kampf um Mittel von Bundestag und Bund für Bayern begrüßt hätte. Das haben Sie nie gemacht. Sie haben immer andere Ideen. Ihr Interesse ist es, Nebelkerzen zu werfen und Spaltung zu betreiben. Aber das kennen wir.

In dem Sinne sage ich Ihnen: Dieser Antrag wird hoffentlich noch rechtzeitig in Berlin auf offene Ohren stoßen, damit wir in München auch weiterhin Geld für die Bürgerinnen und Bürger ausgeben können. In dem Sinne bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Kollege Hofmann, erst einmal danke für die Bestätigung, dass wirklich vieles auf den Weg gebracht wird, auch gemeinsam, und dass das in deutlich höherem Umfang stattfindet, auch dank des Sondervermögens, das wir in die Infrastruktur stecken. Und wir wollen ja weitermachen. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Verkehrsinfrastruktur war uns immer wichtig und ist ein zentraler Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für gleichwertige Lebensverhältnisse, sowohl was Bundesstraßen oder Bundesfernstraßen als auch Land- und Staatsstraßen betrifft. Das war mir immer wichtig, auch als Haushaltspolitiker.

Immer mehr ist immer gut. Das würde ich so teilen. Allerdings muss man schon aufpassen, wofür man dann kämpft; denn das Projekt, das ganz konkret aus meinem Bereich genannt wird, hat definitiv kein Baurecht. Nach meiner Information sind es 173 Projekte, davon haben 5 ein komplettes Baurecht. Das sind Autobahnteilabschnitte. So ist meine Information. Trotzdem kann man daran arbeiten. Aber im Kabinett etwas zu beschließen und am Tag darauf zu sagen, das reicht überhaupt nicht aus, ist kein solider Umgang mit Politik, finde ich. Lassen Sie uns gemeinsame Lösungen finden. Lassen Sie uns gemeinsam darum kämpfen, dass wir mehr daraus machen. Aber etwas zu beschließen, einen Koalitionsbeschluss und einen Kabinettsbeschluss zu fassen, und dann sagt der Ressortminister, der zustimmt, draußen etwas ganz anderes – das geht aus meiner Sicht nicht.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit, Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): Daher ist dieser Antrag auch ein bisschen –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um.

Volkmar Halbleib (SPD): – ein Schaufensterantrag. Deswegen werden wir ihn ablehnen; denn Schaufensteranträge brauchen wir nicht.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit! – Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Zunächst einmal meine ich, lieber Kollege Halbleib, sind Sie jetzt wirklich lang genug im Geschäft, und dieses Geschäft heißt auch, dass ein Haushalt, der im Bundeskabinett beschlossen wird, niemals – ich wüsste jedenfalls keinen – eins zu eins genau so im Bundestag beschlossen wird, wie er im Kabinett beschlossen worden ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vom zuständigen Ressortminister!)

– Ich verteidige hier keinen CDU-Bundesminister. Nichtsdestoweniger verstehe ich ihn vollkommen, dass er in der Hinsicht politischen Druck ausübt, um zu versuchen, über die Fraktionen, die übrigens auch die Koalition bilden – also nicht nur das Kabinett, sondern auch die Fraktionen im Bundestag bilden eine Koalition –, für seine Belange und für seine Interessen zu kämpfen. Wenn das ein Fachminister nicht mehr machen darf, Herr Kollege Halbleib, sind wir doch wirklich auf den Hund gekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Also ganz ehrlich, es ist doch absolut in Ordnung, dass der Bundesverkehrsminister weiterhin für seine Belange kämpft, auch wenn er Kompromisse schließen muss. Aber dass er gern mehr gehabt hätte, bestreitet ja nicht einmal Ihr Bundesfinanzminister.

(Volkmar Halbleib (SPD): Mehr ist immer schön!)

– Was kritisieren Sie dann?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Jetzt ist die zweite Zwischenbemerkung an der Reihe vom Abgeordneten Markus Striedl für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Striedl (AfD): Herr Kollege Hofmann, Sie meinen, ich bin vielleicht im Delirium.

Michael Hofmann (CSU): Nein.

Markus Striedl (AfD): Ich glaube, es ist ein bisschen andersherum; denn a) hören Sie bei Reden nicht zu, und b) kennen Sie Ihre eigenen Anträge nicht. Vor 15 Monaten haben Sie nämlich genau den gleichen Antrag mit 5 Milliarden Euro weniger gestellt.

Zur Frage – den Antrag verstehe ich, ich weiß ja nicht, warum –: Wissen Sie, was die Aufgabe einer Staatsregierung ist? Vertrauen Sie Ihrem Minister so wenig? Halten Sie unseren geschätzten Staatsminister Bernreiter für unfähig, dass er Gelder in Berlin akquirieren kann? Müssen Sie das hier im Plenum separat beantragen? Was kommt als Nächstes, ein Antrag, dass der Staatsminister früher aufstehen muss, um in die Arbeit zu gehen? – Ich glaube, der Mann weiß das schon. Dafür braucht er Sie nicht.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Die Polemik jetzt übertrifft ja fast noch das, was Dr. Büchler vorhin gesagt hat. Aber ganz ehrlich, das ist natürlich wieder so ein Punkt, bei dem man feststellt, dass Sie nicht in der Regierungsverantwortung waren und hoffentlich auch nicht in die Regierungsverantwortung kommen werden; denn es ist völlig normal, dass eine – –

(Widerspruch bei der AfD)

– Ach, jetzt beruhigt euch doch wieder. Ganz cool bleiben, ganz entspannt. Es ist spät abends. – Es ist völlig normal, dass eine Koalition ihren Fachminister dabei unterstützt, und ein Dringlichkeitsantrag ist immer auch – jedenfalls so, wie wir es verstehen – eine Unterstützung der Staatsregierung. Im Übrigen lesen Sie auch darin, dass es auch eine Unterstützung der bundespolitischen Vertreter in Berlin ist. Deswegen

stehen wir ganz klar dahinter. Ich verstehe Ihr Problem in dem Zusammenhang nicht. Ich kann es mir nur so erklären, dass Sie tatsächlich wie auch sonst vom politischen Geschäft nur verstehen, möglichst viel Unruhe hereinzubringen, möglichst viel Theater zu machen. Aber in der Sachpolitik – – Was wollen Sie mir damit zeigen?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ihre Redezeit ist um.

Michael Hofmann (CSU): An Sachpolitik haben Sie halt kein Interesse, sondern nur an Polemik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Jetzt hat für die Staatsregierung noch Staatsminister Bernreiter um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz herzlich für die Unterstützung bedanken. Ich glaube, dass wir dafür kämpfen, ist selbstverständlich. Aber dass die Mehrheit des Bayerischen Landtags auch dahintersteht, ist, glaube ich, schon ein deutliches Signal in Richtung Berlin.

Ich möchte einmal mit ein paar Dingen aufräumen. Den Passus "Bau und Verkehr" durfte ich als Einziger unter den Kollegen Verkehrsministerinnen und Verkehrsministern selber mitverhandeln, und ich bin, wir sind von allen Seiten gelobt worden, vom Verband der Bauindustrie bis hin zu Martin Burkert von den Eisenbahngewerkschaftlern. Alle haben das gelobt.

Ich glaube auch nach wie vor, dass wir das, was da drinsteht, umsetzen. Nur muss man das dann auch mit Zahlen hinterlegen. Da gibt es jetzt die Anträge. Wir müssen noch einmal genau nachschauen; denn – wenn Sie es nachlesen – die 10 Milliarden Euro waren letztes Jahr für einen anderen Zeitraum angesetzt als die 15 Milliarden mit anderen Projekten, die jetzt da drinstehen. Das muss man schon genau betrachten.

Herr Kollege Büchler, ich habe immer gesagt: kein Verkehrsmittel gegen das andere ausspielen. Mir sind die Bahn und die Schiene genauso wichtig wie die Straße. Aktuell ist im Entwurf, so wie es geplant war, ein bisschen ein Missverhältnis drin. Ich glaube, dass man das Geld bei der Bahn bis dahin nicht verbauen könnte. Darum glaube ich, ist es schon wichtig, dass man das gezielt anders einsetzt. Es geht auch um die Wasserstraße und um die Straße. Zu all diesen Themen zum Passus Verkehr ist alles mit verankert.

Jetzt zu den Dingen: Ich glaube, wir müssen miteinander dafür kämpfen, dass alles, was Baurecht hat, gebaut wird. Wir wollen die Bauindustrie anschieben. Kollege Hofmann hat es zu Recht gesagt, das ist das A und O. Unsere Infrastruktur ist das Fundament für wirtschaftliche Entwicklung und für Mobilität der Menschen in unserem Land. Darum müssen wir da vorankommen. Die 173 Projekte habe ich jetzt nicht alle nachgelesen. Unsere Projekte habe ich angeschaut. Da sind welche drin, die Baurecht haben, da sind welche drin, die in der Zeit bis 2029 Baurecht bekommen sollen; aber ich kann sagen: Allein wir haben derzeit sechs Projekte, für die wir Baurecht haben und die ich nicht bauen darf. Auf fünf Bundesstraßen warte ich seit drei Jahren.

Ich habe das hier schon mehrfach gesagt: Ich hoffe nicht, dass sich der neue Finanzminister in die Reihe der Finanzminister vorher einreihet, weil die es immer verhindert haben. Da war der Verkehrsetat immer der Steinbruch für die Haushaltskonsolidierung. Darum müssen wir miteinander kämpfen. Es hat Fragen gegeben: Was bringt das, wenn der Herr Bundeskanzler ins Kabinett kommt? – Wir haben das zum Beispiel mit ihm auch sehr intensiv diskutiert, ohne, Herr Leiter der Staatskanzlei, dass ich da jetzt etwas ausplaudere; aber wir haben ihn davon überzeugen können, dass auch für 2025 wichtig ist, dass die Autobahn GmbH Geld bekommt, und eine Woche nach unserer Sitzung auf der Zugspitze hat der Herr Bundeskanzler das mit dem Finanzminister geregelt. Und so soll es auch sein.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Jetzt komme ich einmal zu den Dingen, die bei uns jetzt offen sind: Das ist die B 11, Verlegung bei Schweinhütt im Landkreis Regen, die B 25, Ortsumfahrung Dinkelsbühl, dann haben wir die B 173 und B 303 im Umfeld von Kronach und die B 299, die Ortsumfahrung Waldsassen-Kondrau, für die es seit drei Jahren Baurecht, aber keine Baufreigabe gibt. Jetzt, kurz vor der Bundestagswahl, ist in meiner Heimat – Kollege Pohl hat es angesprochen – die A3 wichtig. Diese wird von 75.000 Fahrzeugen am Tag befahren. Die Brücke über die Donau, unser Wahrzeichen, hat das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Darum müssen wir hier so schnell wie möglich anpacken. Ich kann zusichern, dass heuer noch die vorbereitenden Maßnahmen beginnen. Wir werden natürlich dafür kämpfen, und auch andere Dinge sind in der Bearbeitung, alles, was Baurecht hat, wollen wir umsetzen. Das hat der Herr Bundeskanzler, wenn ich es richtig gelesen habe, in den letzten Tagen auch so geäußert und gefordert, dass es auch gegenseitig deckungsfähig sein muss.

Jetzt gilt auch der Bundesverkehrswegeplan 2030 – da steht nicht nur etwas von Sanierung drin, sondern da sind auch viele Ortsumfahrungen drin, auch wenn da jemand von euch wollte, dass man das in Bayern alles herausstreich. Da bin ich einmal explodiert, aber das ist egal. Wir haben es miteinander hinbekommen, und ich kämpfe dafür, dass das umgesetzt wird und dass wir da gut vorankommen.

Ich möchte mich ausdrücklich bei unserem Ministerpräsidenten bedanken, der mich hier in der Sache von Anfang an unterstützt hat, der viele Gespräche im Hintergrund geführt hat und der das heute natürlich auch mit einbringen wird. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam eine gute Lösung hinbekommen.

Lieber Kollege Hofmann, zu der Diskussion sage ich: Bei uns würden sie es kritisieren, wenn das Kabinett alleine den Haushalt beschließt, weil der Bundestag als Gesetzgeber, wie Sie wissen, das Haushaltsgesetz macht, und da haben alle Abgeordneten nachgefragt: Ist in meinem Wahlkreis die Maßnahme drin oder nicht – die können den Haushalt und die Pläne auch lesen. Darum ist da natürlich Unruhe entstanden. Also

danke für die Unterstützung. Ich gehe davon aus, dass der Antrag Zustimmung findet und dass wir gemeinsam für unsere Infrastruktur kämpfen.

Zum Abschluss sage ich noch: Die Verkehrsminister waren sich eigentlich alle einig, und der Kollege Krischer von den GRÜNEN aus Nordrhein-Westfalen hat ganze Listen nach Berlin geschrieben, wie viele Bundesstraßen er sofort gebaut haben möchte, was zur Erheiterung geführt hat.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Die GRÜNEN haben es jetzt auch verstanden: Es wird für Straßen gekämpft.

(Michael Hofmann (CSU): In Bayern nicht!)

Also vielen Dank für die Unterstützung. Wir werden das gemeinsam hinbringen und schauen, dass wir da so schnell wie möglich vorankommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, die erste vom AfD-Abgeordneten Harald Meußgeier. Bitte schön.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrter Herr Minister, ich habe einmal eine Frage, und zwar geht es darum: Sie haben von der B 173 gesprochen. Das ist die Bundesstraße, die in meinem Wahlkreis ist. Deren Ausbau ist schon seit Jahren überfällig. Es wurde seit bestimmt zwanzig Jahren vom BUND Naturschutz in Bayern e.V. verhindert, dass der Ausbau dort vorangeht. Wie ist da der Stand der Dinge? – Bei uns geht mittlerweile das Gerücht um, dass es jetzt wieder zu teuer ist und der Bau auf der Kippe steht.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich habe gesagt: Wir haben Baurecht. – Der Planfeststellungsbeschluss ist da, wir können bauen. Wir

haben bloß seit drei Jahren vom Bundesverkehrsministerium keine Freigabe. Das muss natürlich jetzt geklärt werden, damit wir diese Dinge abarbeiten können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Nach dem, was ich aus den Koalitionsverhandlungen weiß – ich weiß nicht alles –, und nach dem, was Sie schildern, kann ich Ihnen nur zustimmen. Ich darf mich auch bedanken. Sie haben da fachlich und auch von der politischen Wahrnehmung her eine gute Rolle gespielt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich glaube, das ist uneingeschränkt der Fall. Ich bin auch dafür, dass Parlamente Beschlüsse und Vorlagen verändern können und müssen. Ich weiß das als Haushaltspolitiker mehr als andere.

Ich finde nur, wenn man sich umgekehrt vorstellt, wie die Situation in Bayern wäre, wenn nach langem harten Ringen auch um finanzielle Spielräume das Kabinett in Bayern einen Beschluss fasst und der zuständige Ressortminister – nehmen wir in dem Fall einmal den Kollegen Aiwanger – unmittelbar eine Woche nach dem Kabinettsbeschluss oder einen Tag danach herausgeht und sagt, das ist alles zu wenig, das passt alles nicht, dann wäre ich sehr gespannt auf die Reaktion des Ministerpräsidenten und der Kabinettskollegen, wie das Verhalten bewertet würde. So ist das leider hier auch passiert.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist halt etwas, was schwierig ist.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit war beim letzten Mal schon extrem lang.

Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich habe jetzt keine Frage herausgehört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war eine Zwischenbemerkung!)

– Ja, okay, das brauche ich jetzt nicht zu kommentieren. Ich glaube, der Bundesverkehrsminister ist schon aufgefordert, wenn nachgefragt wird, dass er darlegt, was gebaut wird und was nicht. Ich sage, da müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass das vorangeht. Nachdem Ihr Finanzminister und Parteivorsitzender sogar Verwaltungsratsmitglied beim FC Bayern ist, möchte ich ihn heute verschonen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/8270 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Der Antrag ist angenommen.